

Konjunkturprogramm

Mehr Netto vom Brutto

Die Bundesregierung hat beschlossen, Steuern und Sozialabgaben zum Teil rückwirkend zu senken. Damit will sie die Binnennachfrage stärken. Ab März, wenn Bundestag und -rat dem Konjunkturpaket zugestimmt haben, können sich auch die Arbeitnehmer in der Metall- und Elektro-Industrie über ein höheres Nettoeinkommen freuen. Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung zum Jahreswechsel wird dadurch mehr als kompensiert.

Um den privaten Verbrauch anzukurbeln, werden im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets Steuern und Sozialabgaben gesenkt – in drei Schritten:

1. Rückwirkend zum 1. Januar 2009 sinkt der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent und der Grundfreibetrag steigt von 7.664 auf 7.834 Euro. Alle weiteren steuerrelevanten Einkommensgrenzen werden um 400 Euro angehoben.

2. Zum 1. Juli 2009 wird der Beitragsatz in der gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 Prozentpunkte verringert. Dieser Schritt kommt Arbeitnehmern und Arbeitgebern zugute. Denn beide teilen sich bekanntlich die Abgablast.

3. Zum 1. Januar 2010 wird der Grundfreibetrag auf 8.004 Euro erhöht, und die übrigen Einkommensgrenzen klettern um weitere 330 Euro.

Dieses Maßnahmenpaket ist nicht der große Wurf – es macht nur etwa ein Viertel der Gesamtsumme des zweiten Konjunkturprogramms aus:

Die Steuersenkungen kosten den Staat 2009 rund 3,1 und 2010 etwa 5,8 Milliarden Euro. Durch die niedrigeren Krankenversicherungsbeiträge kommen noch einmal jeweils 2,4 und 4,1 Milliarden Euro hinzu.

Gleichwohl sind die Entlastungen bei Steuern und Abgaben ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem wird es den Bürgern anders als bei der Abwrackprämie selbst überlassen, wofür sie das zusätzliche Netto in der Tasche ausgeben. Dabei baut sich die Entlastung peu à peu auf (Grafik):

Ein verheirateter M+E-Facharbeiter mit zwei Kindern, der 40.000 Euro im Jahr verdient, hat durch das Konjunkturpaket zunächst 14 Euro pro Monat mehr im Portemonnaie – ab Juli, wenn die Krankenversicherung billiger wird, sind es sogar 24 Euro.

Ein Beschäftigter mit 55.000 Euro Jahreseinkommen bekommt bis zum Sommer 17 Euro mehr als ohne Konjunkturprogramm und ab Juli 31 Euro. Aufs Jahr gerechnet sind das immerhin 228 Euro beziehungsweise 288 Euro.

Ab 2010 sparen beide Verdienstklassen noch mal rund 10 Euro Einkommenssteuer im Monat. Der Facharbeiter hat dann unterm Strich 33 Euro mehr und der Beschäftigte mit 55.000 Euro sogar 43 Euro zusätzlich im Geldbeutel.

Weil in den Krisenjahren die Spielräume für die Lohnpolitik enger sind, kommt den Arbeitnehmern die staatliche Entlastung gelegen.

Konjunkturprogramm: Was einem Arbeitnehmer bleibt

Monatliche Entlastung durch das Konjunkturprogramm für einen verheirateten Alleinverdiener mit zwei Kindern in Euro

bei einem Bruttoverdienst von ... Euro	Januar 2009	Juli 2009	Januar 2010
30.000	12	19	26
40.000	14	24	33
55.000	17	31	43

Konjunkturprogramm: Zum 1. Januar 2009: Senkung des Eingangssteuersatzes von 15 auf 14 Prozent; Erhöhung des Grundfreibetrags von 7.664 auf 7.834 Euro; alle weiteren Einkommensgrenzen, ab denen die jeweiligen Steuersätze greifen, werden um 400 Euro erhöht; zum 1. Juli 2009: Senkung des Krankenversicherungsbeitragsatzes um 0,6 Prozentpunkte; zum 1. Januar 2010: Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8.004 Euro und Anhebung der übrigen Einkommensgrenzen um weitere 330 Euro

© 7/2009 Deutscher Instituts-Verlag

Quelle: IW-Berechnung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Steuersenkungen sind auch ein kleiner Trost für jene Arbeitnehmer, die wegen der erhöhten Beitragsbemessungsgrenzen mehr in die Sozialversicherung einzahlen müssen. Die Bemessungsgrenzen markieren die Einkommenshöhe, bis zu der Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten sind.

Zum 1. Januar 2009 wurden die Grenzen in der Kranken- und Pflegeversicherung von 42.750 Euro auf 44.100 Euro angehoben. Davon sind viele Mitarbeiter der Metall- und Elektro-Industrie betroffen, denn ihr mittlerer Effektivverdienst liegt bei 46.000 Euro pro Jahr. Entsprechend muss der durchschnittliche M+E-Beschäftigte auf 1.350 Euro zusätzlich Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zahlen. Beim gegenwärtigen Arbeitnehmeranteil von im Schnitt 8,2 Prozent sind das im Falle von 13 Monatsgehältern rund 8,50 Euro mehr im Monat.

Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 63.600 auf 64.800 Euro spüren die meisten Beschäftigten in der M+E-Industrie hingegen nicht.

Für Adressaufkleber